



FDP-Fraktion
im Kreistag Zollernalbkreis

Sitzung des Kreistags am 11.12.2023

Haushaltsrede 2023 (Haushaltsplanentwurf für 2024)

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren,

die **Finanzlage von Kreis, Städten und Gemeinden, Land und Bund** wird zunehmend schwierig. Wie zu erwarten war, schlagen die hohen Kosten der Corona-Pandemie, des Ukrainekrieges, der Energiekrise, der Inflation, eine schwächelnde Wirtschaft, – damit verbunden enorme gestiegene Bau- und Lebenshaltungskosten und stark steigende Sozialkosten - auf die staatlichen Finanzen auf allen Ebenen durch. Auch ein an sich in der Vergangenheit reiches Land wie Deutschland kann diese enormen Zusatzkosten nicht einfach wegstecken. Alles Geld, das wir ausgeben können, muss zunächst eingenommen werden. **Finanzierung durch Verschuldung ist nur dann akzeptabel**, wenn diese seriös zurückgeführt werden kann, die Verschuldung nicht zu Lasten der uns nachfolgenden Generationen läuft.

Die starke Zunahme von **Flüchtlings und Asylsuchenden** fordert den Kreis auf das Äußerste. Die **Aufnahmekapazitäten** sind erschöpft. Wir müssen uns **alle gemeinsam** – Kreis, Städte, Gemeinden – dieser **Herausforderung stellen, rasch Unterbringungsmöglichkeiten schaffen**. Wenn Wohnraum durch Kauf oder Anmietung nicht akquiriert werden kann, müssen wir nach unserer Meinung **rasch Containerlösungen in die Wege leiten. Wir wollen, wie alle, keine Sporthallen** zum Nachteil

unserer Kinder, Jugendlichen, Vereine **zweckentfremden**. Aber wir können die Menschen nicht auf der Straße stehen lassen. Und wir müssen unserer gesetzlichen Pflicht nachkommen.

Es muss auch klar sein: Diese Unterbringungen sind **nicht nur räumlich nicht mehr möglich, sie sind auch nicht mehr finanzierbar**. Dies gilt für die **Kosten der Unterbringung, der Betreuung und die sozialen Leistungen**. **Wir schaffen es eben nicht!** Daher appellieren wir an alle, die politische Verantwortung im Bund und Land tragen: Lasst uns entschlossen gemeinsamen vorgehen. **Zuzug und Migration müssen deutlich verringert werden**. Es **gilt Lösungen zu finden**, dass **nur Kriegsflüchtlinge und wirklich politisch Verfolgte** in die EU kommen können. **In der EU** müssen die Personen fair verteilt werden. Die **Anreize**, auch für Kriegsflüchtlinge, gerade **nur bzw. vorrangig Deutschland anzustreben, müssen beseitigt werden**, Stichworte Karte statt Bargeld, Höhe des sozialen Netzes und Ähnliches. Warum gibt es bei uns eine höhere Unterstützung als anderswo? **Eine große, und derzeit eher noch schweigende Mehrheit trägt den bisherigen Kurs nicht mehr mit**. Es muss sich etwas ändern, sonst geht der **gesellschaftliche Zusammenhalt verloren**. Die Bundesregierung hat in Abstimmung mit den Ländern erste Schritte in diese Richtung beschlossen. **Das muss umgesetzt und ergänzt werden**.

Den Kriegsflüchtlingen und Asylsuchenden, **die hier im Kreis angekommen sind**, müssen wir nicht nur Unterkunft bieten. Wir müssen sie **auch verwalten und betreuen**, damit sie sich zurechtfinden und es möglichst keine Konflikte mit der Bevölkerung gibt. Deshalb tragen wir, die FDP-Fraktion, die Schaffung **zusätzlicher 11 Personalstellen im Bereich Zuwanderung und Integration in Abweichung** der im letzten Jahr **beschlossenen Stellenobergrenze für die Jahre 2023 und 2024** mit (11,5 Stellen inklusive Personalstelle), um Wohnheimleitung, Hausmeister in Gemeinschaftsunterkünften, Sachbearbeitung in der Verwaltung usw. sinnvoll zu ermöglichen.

Den weiteren beantragten Stellenmehrungen können wir hingegen **nicht zustimmen**. Die ohnehin **enorm steigenden Personalkosten** müssen angesichts der Finanzlage begrenzt werden. Jede einzelne von der Verwaltung **als notwendig angemeldete zusätzlich Stelle** - z.B. Führerscheinstelle, Jugendamt oder Forst – ist zwar für sich **plausibel**. Wir müssen jedoch **von der Verwaltung fordern, diese für notwendig angesehenen Stellen aus dem vorhandenen Pool der unbesetzten Stel-**

len sowie durch interne Umschichtung zu besetzen. Wenn z.B. die Zahl der zu bearbeitenden Baugenehmigungen stark zurückgegangen ist, müssten da doch zumindest vorübergehende Umschichtungen möglich sein. **Priorität bei der Innenverteilung** sollte einerseits die Außenwirkung haben, zum Beispiel Führerscheinstelle, andererseits das Kosten – Nutzen – Verhältnis, zum Beispiel Jugendamt Abrechnung Kosten der Unbegleiteten Minderjährigen.

Ein für unseren Zollernalbkreis **sehr wichtiges Thema** ist und bleibt das **Klinikum**. Die **Defizite, die unseren Kreishaushalt enorm belasten**, steigen von Jahr zu Jahr. Die weiteren Prognosen lassen keine Besserung erwarten. Und es wird immer schwieriger, qualifiziertes ärztliches und pflegerisches Personal zu finden. **Ja, sehr viele Krankenhäuser kämpfen mit Defiziten**. Die Strukturen und die Finanzierung in der Krankenhauslandschaft stimmen nicht mehr. **Aber Einiges ist auch hausgemacht**. Die Zwei-Standort-Lösung führt zu **kostspieligen Doppelvorhaltungen**. **Hohe Fremdkosten** für Personal belasten das Budget ebenso wie ein großer Verwaltungsapparat. Die vom Bund angekündigte umfassende Krankenhausreform **erfordert schon jetzt Reaktionen**. So weit wie möglich, sollten wir an den beiden Standorten die Vorbereitungen auf die Lösung an einem Standort **schon jetzt einleiten**, um die Versorgungssicherheit der Patienten im Zollernalbkreis und in der Region zu sichern. Krankenhäuser in der Nachbarschaft schwächeln aktuell. Dies ist auch **eine Chance für unser Klinikum** – wenn sie genutzt wird!

Wir haben hier im Kreistag gemeinsam den Weg zu einem **neuen Zentralklinikum** eingeschlagen. **Uns, der FDP-Fraktion, ist wichtig**, mit **hoher Energie und hohem Tempo** den eingeleiteten Weg zu einem Zentralklinikum **weiterzugehen**. Nur dann hat das Klinikum im Kreis eine Überlebenschance. Wie wir früher bereits einmal sagten: Es gibt für den Zollernalbkreis **nur ein Klinikum oder kein Klinikum!** Wir brauchen **rasch ein deutliches, hinreichend verlässliches Signal, wie das Land ein neues Klinikum am Standort Firstäcker fördert**. Und dann sollten wir **dringend sehr zeitnah** einen **Baubeschluss fassen** und diesen umsetzen.

Dieses für den Zollernalbkreis **sehr wichtige Strukturprojekt** wird hohe finanzielle Herausforderungen mit sich bringen. Dazu wird der Kreis durch die **Regionalstadtbahn**, welche ebenfalls von hoher Bedeutung für den Kreis ist, finanziell außergewöhnlich gefordert sein.

Neben diesen drei beherrschenden Themen, also Flüchtlinge, Krankenhaus, Regionalstadtbahn, ist es wichtig, dass alle anderen in der Zuständigkeit des Kreises liegenden Aufgaben weiterlaufen. Zum Beispiel die **Abfallwirtschaft**, das **Berufungsschulwesen**, **Straßenunterhaltung**, **Umsetzung Radwegkonzept**, **Digitalisierung der Verwaltung**, **Sanierungen**.....

Gerade auch **Sanierungen der Infrastruktur** regelmäßig durchzuführen, sollte wichtig sein. **Deshalb haben wir beantragt**, dass entgegen der Empfehlung des Verwaltungs- und Finanzausschusses die geplante Durchführung des zweiten Bauabschnitts der Sanierung der heruntergekommenen **Sanitäranlagen und der Duschanlagen im Landratsamt**, zusammen 250.000 €, im Haushalt verbleibt. Die Arbeiten werden nächstes Jahr eher mehr kosten, die Streichung saniert den Haushalt nicht und lässt die Chance, etwas Wertschätzung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Ausdruck zu bringen, aus. Die von CDU und FW geforderte Streichung erscheint da eher als Sonderopfer, ist kein intelligentes Sparen. Und warum gerade da an dieser Stelle, nicht etwa bei der einen oder anderen Straßensanierung?

Wichtig ist uns deshalb auch, dass die **Planungsrate** für die grundlegende energetische **Sanierung des früheren Postgebäudes** in der Robert-Wahl-Straße im Haushaltsplan verblieben ist. Das Erdgeschoß steht jetzt leer. Es bietet die große Chance, die **Verwaltung weiter zusammenzuführen**, um effektiv arbeiten zu können. Verkehrsamt, Führerscheinstelle, sind angedacht. Das wäre sicher eine gute Lösung.

Für effektives Handeln von zentraler Bedeutung ist auch eine **Entbürokratisierung**. Da wo wir hierzu im Kreis selbst einen Beitrag leisten können, müssen wir handeln, nicht auf andere zeigen.

In welchem Umfang ist die Kreisumlage anzuheben? Die Verwaltung hat eine Anhebung des Kreisumlagehebesatzes um 5 Prozentpunkte vorgeschlagen. Zudem wurde dargestellt, dass bei einer Anhebung um 3,7 Prozentpunkte wenigstens die Aufwendungen für die Sozial- und Jugendhilfe abgedeckt werden. **Wir, die FDP-Fraktion**, sprechen uns für eine **Anhebung um 3,5 bis 3,7 Prozentpunkte** aus. Und wir werden

auch einen entsprechenden Antrag stellen, sollte wider Erwarten der gemeinsame Antrag von CDU und FW, die Kreisumlage nur um 2,75 Prozentpunkte auf 30,2 Prozentpunkte anzuheben, keine Mehrheit finden. Die Anhebung um 3,5 bis 3,7 Prozentpunkte ist aus unserer Sicht das **Minimum**, welches bezüglich der **Finanzlage des Kreises** – Stichworte Verschuldung, liquide Mitte, mittelfristige Finanzplanung - geboten ist. Andererseits **berücksichtigt dieser Kompromiss die sehr schwierige Finanzlage vieler Städte und Gemeinden**. Beim Antrag von CDU und FW wird mal wieder die Bürgermeister-Lastigkeit dieser Fraktionen deutlich. Da werden unserer Ansicht nach die Interessen der Städte und Gemeinden zu **einseitig** bevorzugt und die **Finanzinteressen des Kreises vernachlässigt**.

Und eines ist unseres Erachtens auch klar und die **Städte und Gemeinden müssen sich schon jetzt darauf einstellen**: In den kommenden Jahren **wird die Kreisumlage deutlich steigen**. Dies wird zwingende Folge der großen Infrastrukturprojekte Zentralklinikum und Regionalstadtbahn sein. Da darf dann niemand sagen, man sei überrascht vom Finanzbedarf des Kreises.

Wenn die Mehrheit des Kreistags die Anhebung der Kreisumlage um nur 2,75 Prozentpunkte beschließen wird, halten wir dies für zu gering. Das können wir im Finanzinteresse des Kreises nicht mittragen. **Wir, die FDP-Fraktion, stimmen** daher in diesem Fall dem Haushaltsplanentwurf in der dann vorliegend aktualisierten Form **nicht zu**.

Dem von meinen Vorrednern ausgesprochenen Dank und den Wünschen schließe ich mich an.

Dr. Dietmar Foth

Fraktionsvorsitzender